

Erwin Weissel (1930 – 2005)

Ein unorthodoxer sozialistischer Nationalökonom

Josef Schmeec

Am 9. Juli 2005 starb Erwin Weissel. Damit ging einer der letzten Repräsentanten der österreichischen Gewerkschaftsbewegung von uns, die ohne Opportunismus die Anliegen der ArbeitnehmerInnen in Theorie und Praxis verfolgt haben.

Erwin Weissel war die größte Zeit seines beruflichen Lebens in der Arbeiterkammer Wien als Nationalökonom beschäftigt und befand sich damals in guter Gesellschaft: So war die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung ein Sammelbecken von aus dem Exil zurückgekehrten SozialwissenschaftlerInnen, die hier eine Art wirtschaftspolitisches »Biotop« installierten, was sich als sehr befruchtend auf unterschiedliche akademische Forschungsgebiete in Österreich auswirkte: So wurden z. B. Gedanken des Keynesianismus importiert und in Österreich »salonfähig« gemacht. Zu den Mitgliedern dieses »Biotops« zählten so hervorragende Persönlichkeiten wie etwa Theodor Prager, Philipp Rieger, Maria Szecsi und insbesondere Eduard März – ein Mentor Erwin Weissels –, der ihn 1958 in die Arbeiterkammer holte.

In den ersten Jahren in der Arbeiterkammer hat sich Erwin Weissel u. a. mit »*der langfristigen Entwicklung von Löhnen und Gehältern*« in Wien beschäftigt. Er stellte in seiner empirischen Untersuchung fest, dass erhebliche Unterschiede im Lohnniveau zwischen Männern und Frauen, zwischen Lohnformen, zwischen Facharbeitern und Hilfsarbeitern sowie den einzelnen Branchen bestehen. Fünf Jahre später erschien seine Analyse über die »*Wechselwirkungen von Lebensalter, Arbeitszeit und Lohn*«. Erstmals in Österreich wurde der Einfluß verschiedener lohnbestimmender Faktoren auf die Höhe des individuellen Lohnes mit Hilfe einer Regressionsanalyse untersucht. Er weist nach, dass etwa die Hilfsarbeiter im Akkordlohn – bei gleicher Arbeitszeit – nicht nur lohnmäßig an die Facharbeiter im Zeitlohn herankommen, sondern sie zum Teil sogar noch übertreffen. Der lohnmäßige Vorsprung, der sich aus den Faktoren Geschlecht, Lohnart und Qualifikation ergibt, kann selbst über eine längere Arbeitszeit auch dann nicht einmal annähernd wettgemacht werden, wenn eine schrankenlose Ausdehnung der individuellen Arbeitszeit möglich wäre. Die Arbeitszeit spielt demnach, so Erwin Weissel als lohnbestimmender Faktor eine weniger bedeutende Rolle, als man anzunehmen geneigt wäre.

Mitte der sechziger Jahre erschien Erwin Weissels »*Einführung in die theoretische Volkswirtschaft*«. Dieses Büchlein, wie er es nannte, entstand aus einer Reihe von Vorträgen, die er – allerdings weiter ins Detail gehend und ergänzt durch graphische Darstellungen und mathematische Modelle – an der Sozialakademie gehalten hat. Mit diesem Büchlein wollte er ein grobes Orientierungsmittel im Labyrinth des wirtschaftlichen Tagesgeschehens vorlegen und warnte jedoch gleichzeitig vor jener simplifizierenden Darstellung, die Politiker in Fragen grundlegender wirtschaftspolitischer Probleme gerne anwenden. Erwin Weissel weist darauf hin, dass es der Mensch in der Hand hat, das wirtschaftliche Geschehen selbst zu gestalten. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Mit seiner Analyse über die Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg, die Erwin Weissel fünf Jahre seines Lebens gekostet hat, hat er ein Standardwerk verfasst. Im Vorwort seiner Analyse, die den bezeichnenden Titel »Die Ohnmacht des Sieges« trägt, führt er aus, dass das, was damals »als endgültiger Zusammenbruch des Kapitalismus erschien, nicht in den allgemein erwarteten und von vielen erhofften Übergang zum Sozialismus einmündete, sondern von der Restaurierung der alten Ordnung gefolgt war« ... »Einmal mehr hat das Proletariat seinen Gegner nur niedergeworfen, damit er sich riesenhafter als je zuvor wieder vor ihm erhebe«.

Die Beschäftigung mit diesem Thema entstand zum Teil auch unter dem Eindruck des Sturzes von Allende, denn vieles was nach 1918 über die Sozialisierung gesagt wurde, erhielt eine geradezu gespenstische Aktualität. Die Bereitwilligkeit, mit der die bürgerlichen Parteien den Putsch der chilenischen Offiziere hinnahmen, hat Erwin Weissel nur zu deutlich an das, was Joseph Schumpeter schon 1920 trocken gesagt hatte, erinnert: »Das Bürgertum sei an einem parlamentarischen System nur so lange interessiert, als es undemokratisch gehandhabt werden könne«. Wie die Sache für die österreichischen Arbeiter ausgegangen ist, ist schnell erzählt. Die berufenen Revolutionäre unterlagen rasch den beruflichen Konterrevolutionären. Es war der fatale Fehler der sozialdemokratischen Parteiführung zu glauben, dass sich der Gegner an vereinbarte Regeln halten würde. Diesen Fehler, so Erwin Weissel, begeht sie heute noch.

Erwin Weissel war einer der ersten Ökonomen in Österreich, der sich mit Fragen der Arbeitszeit intensiv auseinandergesetzt hat. Mitte der siebziger Jahre erschien seine Analyse über die »kurzfristigen Effekte der Arbeitszeitverkürzung« von Arbeitnehmern in der Wiener Industrie. Am Anfang seiner Untersuchung schildert er, was charakteristisch für seine Untersuchungsmethode ist, Ereignisse, die dem interessierten Leser einen historischen Hintergrund bieten sollen: Schon in einer der frühesten kollektiven Vereinbarungen, jener der Pariser Hufschmiede von 1791, mussten die Meister den Gesellen zusagen, ihnen einen bestimmten Mindestlohn zu bezahlen und sie nicht über eine bestimmte Stundenzahl hinaus arbeiten zu lassen.

Im Zusammenhang mit den Arbeitszeitverkürzungsdebatten, so Erwin Weissel, ist auch der Eindruck entstanden, dass die Lohnerhöhung die größere Rolle gespielt hat, da weit häufiger um höhere Löhne, als um kürzere Arbeitszeiten verhandelt worden ist. Die Erklärung liegt für ihn jedoch in der einfachen Tatsache begründet, dass Freizeit sinnlos ist, wenn die Arbeitnehmer nicht über die Mittel verfügen, um die Freizeit auch sinnvoll gestalten zu können.

Als jahrelanger Mitarbeiter der Arbeiterkammer hat Erwin Weissel sich auch mit den Problemen dieser Institution auseinandergesetzt. In einem Beitrag im »Handbuch des politischen Systems Österreichs« aus dem Jahre 1989 hat er die Probleme der siebziger und achtziger Jahre einer kritischen Analyse unterzogen: Akzeptiert man, so führt er aus, dass die »Wahlbeteiligung einen brauchbaren Indikator für die Identifikation der Wähler mit der Institution liefert, so war das Wahlergebnis von 1989 mit einer Wahlbeteiligung von 48 Prozent (ein Minus von fast 16 Prozentpunkten gegenüber 1984) ein Ausdruck der beginnenden Legitimitätskrise der Arbeiterkammer«. Seiner Meinung nach waren es – neben dem gestiegenen allgemeinen politischen Desinteresse der Wähler, bedingt etwa durch die seinerzeitigen illegalen Waffenexporte, der Spitalsmisere bis hin zum Versagen von Gerichten und

Polizei – nachstehende Umstände, die dafür verantwortlich waren: So sind die »Zeiten spektakulärer, bahnbrechender Erfolge, aus denen nahezu alle Nutzen zogen wie etwa das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz oder der längere Mindesturlaub vorbei«. Darüber hinaus stößt das Vordringen der Arbeiterkammer in die Freizeit- und Konsumsphäre auf Unverständnis, weil dort jeder »individuelle Gestaltung beansprucht, die kollektiven Interessen nicht erkennt und überdies das organisatorische Anknüpfen am Arbeitsplatz es erschwert, die Relevanz der Arbeiterkammer für die Konsum- und Freizeit-sphäre zu erkennen«.

Erwin Weissel war von 1977 bis 1986 Leiter der »Sozialakademie« und konnte so jahrelang Einfluß darauf nehmen, dass Arbeitnehmervertreter eine umfassende und praxisnahe Ausbildung erhalten, um im täglichen betrieblichen Kampf bestehen zu können. Rückblickend hat er sich kritisch zur Art der Funktionäreschulung der Arbeitnehmerseite geäußert. Für ihn wurde insgesamt für die Schulung von Arbeiterfunktionären zu wenig erreicht. Weiters steht für ihn auch fest, dass Funktionäreschulung ohne Bildungspolitik immer bescheidene Ergebnisse hervorbringen wird, weil sie nicht auf einem adäquaten Fundament aufbauen kann. Letztendlich war das Resultat der Arbeiterfunktionäreschulung deshalb für ihn ungenügend, weil der Vorsprung, den sich die Arbeitgeberseite im Bereich der Vorbildung schaffen konnte, nicht aufzuholen war.

Neben der Funktionäreschulung hat sich Erwin Weissel auch mit den »Anforderungen von Wirtschaftsakademikern« auseinandergesetzt, die in der Arbeiterkammer eine Beschäftigung finden wollten. So war für ihn klar, dass die Nachfrage der Arbeiterkammer nach Wirtschaftsakademikern sich in erster Linie an den praktischen Erfordernissen orientieren sollte; gefragt sind also praxisnahe Theoretiker. Darunter verstand er einen Spezialisten auf einem der zahlreichen Teilgebiete der Nationalökonomie, der darüber hinaus in der Lage sein sollte, seine Arbeit mit der anderer Spezialisten auf anderen Teilgebieten abzustimmen.

Erwin Weissel hat sich auch immer wieder mit Problemen der Gewerkschaftsbewegung auseinandergesetzt. Studiert man seine einschlägigen Arbeiten hierzu – etwa jene, die in der Zeitschrift »Arbeit & Wirtschaft« publiziert wurden, so entdeckt man in ihm auch einen Volksbildner: Einerseits war es ihm immer ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass viele gesellschaftspolitisch wichtigen Dinge wie Streik, Arbeiterselbstverwaltung oder Mitbestimmung nicht so einfach sind, wie dies – oft auch von den eigenen Genossen – dargestellt wurde. Andererseits stellte er sich diesen Problemen und versuchte durch ein logisches Herangehen, es auch dem etwas ungebildeteren Arbeitnehmer zu ermöglichen, sich damit – für ihn – gewinnbringend auseinanderzusetzen.

In seinen Ausführungen zum Wesen und den Voraussetzungen von Mitbestimmung im Kapitalismus verweist er eindringlich auf Max Weber, der um 1900 auf einer Tagung des Vereins für Sozialpolitik den Arbeitsvertrag als »einseitigen Unterwerfungsvertrag« bezeichnet hat. Wie viele andere sozial denkende Menschen sah Max Weber im Lohnarbeitsverhältnis mit seiner ungleichmäßigen Verteilung von Rechten und Pflichten das Kernproblem der herrschenden Gesellschaftsordnung. Mitbestimmung bedeutet für Erwin Weissel daher, dass diejenigen an einer Entscheidung mitwirken, die von ihr betroffen sind.

Diese im politischen Bereich selbstverständliche Grundregel, sieht jedoch im wirtschaftlichen Bereich anders aus. Denn die Entscheidungsbefugnis ist ohne die Mög-

lichkeit, die Entscheidung auch durchzusetzen, sinnlos. Letztendlich geht es daher um eine Neuverteilung von Macht.

Für Erwin Weissel kann der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt nur annehmen oder ablehnen, was ihm angeboten wird, so dass die Initiative beim Unternehmer verbleibt und der Arbeiter keinen gestaltenden Einfluss nehmen kann, d. h. er wird sein Ziel nur dann vollkommen erreichen, wenn es ihm der Unternehmer anbietet. Daher ist für ihn echte Mitbestimmung nur dann möglich, wenn einige grundlegende Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens muss der Staat bereit sein, sie zu fördern, in dem er selbst die formalen, institutionellen Möglichkeiten herbeiführt. Zweitens muss als weitere Grundvoraussetzung das Management oder die Unternehmenseite kooperationswillig sein. Drittens müssen auch die Gewerkschaften für die Mitbestimmung eintreten. Letzteres ist jedoch beileibe für ihn keine Selbstverständlichkeit, denn die Gewerkschaften müssen ja befürchten, bei minimaler Mitsprache maximale Mitverantwortung aufgebürdet zu bekommen oder – da sie die Interessen aller Arbeiter vertreten – mit den betrieblichen Interessen bestimmter Arbeitergruppen in Konflikt zu geraten. Als historisches Beispiel führt Erwin Weissel den »heißen Mai« 1968 an, der erst die französischen Gewerkschaften bewogen hat, die Ausdehnung der Demokratie vom politischen in den wirtschaftlichen Bereich zu fordern, deren Grundlage Wahlen im Betrieb sind. Schließlich müssen die Arbeitnehmer auch über Handlungskompetenz verfügen, was jedoch einer umfangreichen Ausbildung bedarf: Es geht nämlich nicht nur um die Kenntnis der rechtlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge, sondern um die Gesamtheit zwischenmenschlicher Beziehungen, vor allem in Organisationen.

1985 publizierte Erwin Weissel einen fulminanten Beitrag zum »System der sozialen Sicherheit«, der sich streckenweise wie ein Beitrag zur Lösung der heutigen Finanzierungsprobleme des Sozialstaates liest. So liegt für ihn ein grundlegender Mangel in der Kollision von produktions- und verteilungspolitischer Zielsetzung im Wohlfahrtsstaat. In diesem Zusammenhang verweist er auf eine Grundregel der Wirtschaftstheorie, die besagt, dass von einem subventionierten Gut mehr produziert und konsumiert wird als ohne Subvention. Daraus folgt, dass Ressourcen aus der Produktion anderer Güter abgezogen werden, deren mengenmäßige Verringerung folglich die realen Kosten darstellt, die die Mehrproduktion des subventionierten Gutes verursacht, und diese Kosten können nun, infolge der Fiskalillusion, unverhältnismäßig hoch sein, d. h. von jenem Wählerwillen abweichen, der sich bei exakter Kalkulation herausbilden würde. Anders ausgedrückt: Der Vorteil jeder Maßnahme ist auf die einzelne Person konzentriert, die Kosten sind auf viele Personen gestreut, die Überschätzung des positiven Saldos ist daher unvermeidlich.

Daraus erfolgt zunächst einmal eine Tendenz zur Überversorgung, d. h. es wird mehr soziale Sicherheit geliefert, als die Bevölkerung bei korrekter Kalkulation verlangen würde. Abhilfe könnte hier etwa eine Rückkehr zur Eigenvorsorge, die gerade in der letzten Zeit wieder an Aktualität gewonnen hat, schaffen. Doch diese, so Erwin Weissel, von den Konservativen entwickelte Lösung scheitert an der einfachen Tatsache, dass nun die Über- gegen die Unterversorgung eingetauscht wird, und letztere genauso Kosten verursacht, weil eben Ressourcen für weniger wichtige Zwecke verwendet werden als für die Vorsorge. Darüber hinaus besteht für ihn auch noch der Mangel, der in der »stückweisen, unorganischen Herausbildung des Gesamtsystems, die eine Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen verschiedenen

Maßnahmen vernachlässigt, wurzelt«. Dadurch entstehen einerseits Anhäufungen von Begünstigungen, deren Ausmaß übertrieben ist, während am anderen Extrem keine Begünstigungen zustande kommen, weil die Person bei mehreren Möglichkeiten knapp das Limit über- oder unterschreiten. Verschärft wird dies noch dadurch, dass stets in den Grenzen des Ressortbudgets gedacht wird und folglich aus Kostengründen Maßnahmen unterlassen werden, die in einem anderen Ressort größere Kosteneinsparungen verursachen würden. Dieser Mangel resultiert jedoch nicht aus der sozialen Sicherheit an sich, sondern aus der konkreten Art und Weise, in der sie administriert, also durchgeführt wird.

Abgestellt auf den informellen Sektor, ergeben sich nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die soziale Sicherheit einige Probleme, die jedoch, so Erwin Weissel, nicht gelöst werden können, indem etwa der informelle Sektor bekämpft wird. Vielmehr sollte dieser in die Reform des Gesundheitswesens eingebaut werden, denn der informelle Sektor entlastet ja auch den Staat, insofern er den Bedarf an Sozialleistungen verringert, weil er sie selbst produziert. In seiner Analyse plädiert er daher für die Förderung von Gemeinschaftsprojekten durch Zuschüsse und Darlehen, für die Einführung einer Produktionsmittelabgabe als Zuschlag zu den Produktionsmittelpreisen und für die Gestaltung des Arbeitnehmerbeitrages zur Sozialversicherung durchlaufend proportional zum Lohn und gleichzeitige Beseitigung der steuerlichen Absetzbarkeit. Darüber hinaus sollten eigenberechtigte Witwen und Witwer nur eine, nämlich die höhere Pension erhalten, die Zahlung der anderen wird eingestellt. Auch ist die soziale Verwaltung zu dezentralisieren, kleinere Einheiten der Träger der Sozialpolitik haben über Hilfen zu entscheiden, die über ein nationales Minimum hinausgehen. All diesen von Erwin Weissel gemachten Vorschlägen zur Sicherung des Sozialstaates ist gemein, dass sie die demokratische Selbstbestimmung in Österreich vorantreiben würden.

Erwin Weissel war kein Anhänger des EU-Beitritts Österreichs. Jedoch, was sich an Machenschaften, Verlogenheit etc. vor der EU-Abstimmung in Österreich abspielt hat, hat ihn zur Untersuchung mit dem bezeichnenden Titel »*Der große Euphemismus*« veranlasst. Als Motto seiner Untersuchung verwendete er ein Zitat von Robert Musil: »Der mit dem Menschen à la baisse spekulierende Mensch, der sich Realpolitiker nennt, hält für real nur die Niedrigkeit des Menschen, das heißt, nur sie betrachtet er als verlässlich; er baut nicht auf Überzeugung, sondern stets nur auf Zwang und List.« Es ging Erwin Weissel also insbesondere darum, die Grundlinien jener Manipulation aufzuzeigen, deren sich Regierung und Regierungsparteien bedienen und, dass das was die Regierung zugunsten eines EU-Beitritts vorbrachte, nicht schlüssig war. Persönlich hat er freilich daraus den Schluss gezogen, dass die Zugehörigkeit zur EU für Österreich schlecht ist. Er wollte damit jedoch nicht den Nachweis führen, dass der Beitritt für Österreich per saldo wirtschaftlich, wirtschaftspolitisch nachteilig ist.

Ein persönliches Erlebnis stand für Erwin Weissel exemplarisch für die von den Regierungsparteien erzeugte Unwissenheit. Als er die Frage, ob die Währungsunion verwirklicht werden würde, mit dem Argument verneinte, dies setze eine gemeinsame, einheitliche Geld- und Budgetpolitik voraus, was er mit den nationalen Interessen für unvereinbar hielt, zieh ihn eine Teilnehmerin aus dem Publikum der Lüge, es sei nämlich gar keine einheitliche Politik erforderlich, sondern bloß die Erfüllung der Konvergenzkriterien. Auf seinen Hinweis, die Kriterien seien eben nur bei einheitli-

cher Politik erfüllbar, reagierte sie mit verständnislosem Staunen. Zusammenfassend und in Abwandlung eines berühmten Ausspruchs von Churchill hat Erwin Weissel die Situation in Österreich vor der EU-Abstimmung folgendermaßen charakterisiert: »Niemand zuvor ist so viel so vielen von so wenigen vorgeflunkert worden«.

Bedingt durch die Vorkommnisse um den geplanten Beitritt Österreichs zur EU trat er – unter Berufung auch auf seinen Vater – aus der SPÖ aus. In einem offenen Brief vom 29. März 1994 in der *Wiener Zeitung* begründete er seinen Rückzug von der SPÖ.

Im Jahr 1996 erschien Erwin Weissels Analyse zur *politischen Ökonomie des Sicherheitspolizeiwesens*. Aktueller Anlass war das Sicherheitspolizeigesetz aus dem Jahr 1991. Interessant war u. a. für ihn, dass im kriminellen Sektor mehrere Akteure in enger Wechselwirkung tätig sind, und bei der Formulierung und Analyse des interdependenten Verhaltens sich die Ökonomen auf vertrautem Terrain bewegen, das sich etwa die Soziologen erst zu erschließen beginnen. ♦

Seine Analyse der politischen Ökonomie des Sicherheitspolizeiwesens fiel jedoch einigermaßen ernüchternd aus: »Zur Lösung jener Probleme, um deren Herausarbeiten sich neben anderen Wissenschaftlern auch die Ökonomen bemüht haben, wird auch das neue Sicherheitspolizeigesetz nichts beitragen«. Er befasst sich mit den Arten von Ineffizienzen, die, ökonomisch betrachtet, in jeder Bürokratie – also auch in der Polizei – auftreten können. Er widerspricht auch der gängigen Vorstellung, dass das bürokratische Versagen vor allem im Staatssektor auftritt, was für ihn einer schiefen Perspektive entspringt, also einer doppelbödigen Moral: So ist »Korruption etwa das Ergebnis eines Konfliktes zwischen dem Privatinteresse des Bürokraten und dem Interesse des bürokratischen Apparates, in dem sich der Bürokrat für sein Privatinteresse entscheidet«. Als Beispiel führt Erwin Weissel an, dass nicht nur der Beamte, der sich bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags bestechen läßt, korrupt ist, sondern auch der Privatunternehmer, der ihn bestochen hat.

Die Aussage, dass bürokratisches Versagen überall unvermeidbar ist, rechtfertigt aber keineswegs, so Erwin Weissel, das Tolerieren von Polizeiversagen. Verbesserungswürdig in diesem Zusammenhang wäre u. a. der verfehlte Korpsgeist, über den sich schon Tucholsky lustig gemacht hat; die schlechte Ausbildung der Kriminalbeamten sowie das zimperliche Reagieren der Polizei auf Vorwürfe und Beschwerden. Aus Letzterem wird auch die Forderung der Bürokratie abgeleitet, dass sich die Polizei ausschließlich selbst zu kontrollieren hat. Die Diagnose, so Erwin Weissel, dass sich diese »Forderung nur dank der Lethargie der sich ›brav‹ wählenden Bürger zwar nicht de iure, wohl aber de facto durchsetzen kann, ist zutreffend«. Jedoch weist er darauf hin, dass die Polizei nur Teil eines Ganzen ist, d. h. der Hebel ist nicht nur bei der Polizei anzusetzen.

Externe Kontrolle durch Politiker, so die Befragungsergebnisse, auf die sich Erwin Weissel in seiner Analyse stützt, wird deshalb abgelehnt, weil Teile der eigenen Politik über die Exekutive reguliert bzw. hinter ihr verborgen werden. Empirisch nachvollziehen läßt sich auch, dass häufig das, was sich wie ein Versagen des Bürokraten ausnimmt, in Wirklichkeit ein Versagen des Politikers ist. Die Polizei ist darin keine Ausnahme. Es kann sogar plausibel empirisch argumentiert werden, dass der Politiker bürokratisches Versagen nicht nur unbewusst und ungewollt erzeugt, sondern ganz bewußt und gezielt herbeiführt. Das Sicherheitspolizeigesetz, so Weissel, wird daran nichts ändern, ist es doch »das Produkt jenes Versagens, das es beseitigen soll.

Die Polizei bleibt weiterhin auf Versagen – im Sinne von zu wenig Prävention und zu viele Übergriffe – programmiert«.

Erwin Weissel hat sich auch immer wieder mit Fragen der Steuerpolitik auseinandergesetzt. Hierzu erschienen in der Zeitschrift »Arbeit & Wirtschaft« nicht wenige grundlegende Artikel. In jüngster Zeit hat er eine radikale Alternative zur bestehenden Steuerpolitik ausgearbeitet. Ganz allgemein sollte die Besteuerung des einzelnen seine Belastbarkeit berücksichtigen, wobei sich hierfür einerseits das Einkommen, der Konsumaufwand und das Vermögen und andererseits persönliche, modifizierte Umstände anbieten. In seiner Analyse geht es jedoch Erwin Weissel darum, wie der Besteuerte auf die Steuer reagiert, was also die Folgen der Steuer sind, vor allem im Hinblick auf ihre Verteilungs- oder Umverteilungswirkung.

Erwin Weissel ersetzt in einem ersten Schritt die Einkommensteuer durch eine progressive Konsumsteuer. Da die zu erwartenden Konsequenzen weitgehend durchanalysiert sind, geht er auch nicht näher darauf ein. Wichtig ist ihm jedoch, dass ex definitione das Nicht-Konsumieren von Einkommen gefördert wird, also das Sparen wie auch automatisch das Reinvestieren von Gewinnen und der Bildungsaufwand als Investition in Humankapital; alles umstrittene Konfliktthemen der Einkommensteuer. Ebenso wichtig ist, vor allem im Hinblick auf den Standortwettbewerb, dass die Lokalität, wo der Konsum getätigt wird, nicht so leicht herumgeschoben werden kann wie jene, wo Einkommen erzielt wird. Ähnliches gilt für die Person des Steuerpflichtigen. Erwin Weissel ist sich jedoch sehr wohl bewußt, dass die Konsumsteuer auch Probleme bereitet, jedoch bietet sie weniger Anreize und/oder Ausreden für interessensbedingte Manipulation.

Das Einkommen ist damit als Determinante jedoch nicht verschwunden, dient es doch der Berechnung des Konsums, der gleich dem Einkommen minus Sparen/Investieren ist. Und hier setzt Erwin Weissels zweiter Schritt an: Was als »Entlastung des Faktors Arbeit propagiert wird, um mehr Beschäftigung zu schaffen, entlastet ja nicht die Person des Arbeitnehmers oder Arbeitgebers als Steuer- oder Beitragszahler. Was sie sich allenfalls in dieser sozialen Position ersparen, müssen sie in Gestalt anderer Abgaben – die Gegenfinanzierung – auf sich nehmen, deren Folgen jenen der Entlastung genau entgegengesetzt ist«. Die administrativen Probleme sind für ihn jedoch nicht schwieriger als bei der bestehenden Einkommensteuer. Aber wie auch immer die Probleme und Nachteile auch sein mögen, steht ihnen der große Vorteil gegenüber, dass die – angeblichen oder tatsächlichen – »beschäftigungs- und wettbewerbsfeindlichen Effekte der derzeitigen Finanzierung über lohnkostenabhängige und damit überwälzungsanfällige Abgaben radikal beseitigt sind«. Abgesehen davon wird für Erwin Weissel die Abschaffung der Körperschaftsteuer erleichtert, zumal sie ohnehin nicht gut mit einem primär am Konsum orientierten Gesamtsystem zu vereinbaren ist. Statt dessen sollte die Verwendung von Einkommen oder Vermögen über Steuern gelenkt werden.

Im Artikel befasst sich Erwin Weissel auch mit dem Problem der Finanztransaktionen. Für ihn unterscheidet sich der heutige globalisierte Kapitalismus von seinen früheren Phasen nicht durch seine Internationalisierung, denn die war schon die Ursache der Großen Depression vor dem Ersten Weltkrieg, und auch nicht in dem massiven Rationalisierungsschub samt hoher Arbeitslosigkeit, denn das hatten wir schon in der Zwischenkriegszeit, sondern in der Loslösung der Finanztransaktionen von den realen Güter- und Investitionsströmen. Somit sind die Möglichkeiten, Ein-

künfte der Einkommensbesteuerung zu entziehen, gewaltig gestiegen und werden auch unverfroren ausgenützt. Die Akzentverlagerung von der Einkommen- zur Konsumsteuer muss dies berücksichtigen.

Nun bedeuten die bekannten »vier Freiheiten«, dass diese unbehindert national wie international transferiert werden können, nicht aber unkontrolliert oder/und unbesteuert – und an dieser Unterscheidung setzt Erwin Weissel an. Hinsichtlich der seit geraumer Zeit diskutierten Tobin-Steuer weist er darauf hin, dass sie nicht zwischen den – von realen Prozessen losgelösten und daher schädlichen – »Spekulationen und den mit realen Prozessen verbundenen und daher nützlichen Hedging-Operationen, also der Absicherung gegen Wechselkursänderungen, zu differenzieren vermag«. Für ihn bietet sich daher folgende Vorgehensweise an: Im Inland befindliches Vermögen physischer Personen und Fonds, wobei Stiftungen diesen gleichzustellen sind, unterliegt einer progressiven Vermögensteuer, wobei der höchste Staffelsatz an der Quelle eingehoben wird – mit der Möglichkeit der Rückverrechnung –, grenzüberschreitende Finanztransfers unterliegen einer staatlichen Kontrolle. Den heuchlerischen Einwand, dass hier in die Privatsphäre eingegriffen wird, kontert Erwin Weissel damit, dass etwa für die Umsatzsteuer bei Exporten dieses ohne weiteres akzeptiert wird. Durch diese staatliche Kontrolle könnten auch andere Staaten motiviert werden, gleichfalls eine Vermögensteuer, oder Steuer auf Besitzeinkommen, einzuhoben, denn die Steuerflucht ins Ausland funktioniert nicht. Zwar wird dadurch das Geschäft der Börse beeinträchtigt, aber die Börse ist für Erwin Weissel weit davon entfernt, ihrer eigentlichen Aufgabe, finanzielle Mittel für Realinvestitionen zu mobilisieren, nachzukommen.

Flankierend dazu plädiert Erwin Weissel auch für eine Sonderbehandlung eines weiteren Vermögenstransfers, nämlich der unentgeltliche durch Erbgang und Schenkung. Denn, so argumentiert er, wird der »Anspruch der Marktwirtschaft ernstgenommen, strikt nach Leistung zu entlohnen, dann dürfte es kein Erbrecht geben«. Er räumt jedoch ein, dass in dieser Radikalität das Leistungsprinzip nicht durchzusetzen ist, nicht zuletzt, weil es mit der freien Verfügung über sein Eigentum kollidiert. Er plädiert daher, dass Erbschaften und Schenkungen unter Ausklammerung von Konsumtivvermögen einer »hohen progressiven Besteuerung zu unterwerfen sind, die alles kumuliert, was bei der einzelnen Person anfällt, um den verzerrenden Effekt erheblich zu verringern«.

Seine jüngste Analyse mit dem Titel »Politik für Profiteure« befasst sich mit der politischen Ökonomie des Neoliberalismus. Anhand einer sehr praktisch orientierten Analyse neoliberaler Politik belegt er, dass Neoliberalismus nichts weiter als eine Ideologie der Vermögenden darstellt, mit der sie ihre Vorherrschaft in der Gesellschaft zu zementieren suchen. Auch genügt staatliche neoliberale Politik im Prinzip nie ihren Ansprüchen, ja widerspricht ihnen in der Regel: Als Beispiel weist Erwin Weissel darauf hin, dass etwa die Förderung von kleinen und mittleren Betrieben mit den Annahmen über das Wesen des Wettbewerbs unvereinbar ist.

Ausgangspunkt seiner Analyse ist sein Eindruck, dass das neoliberale Konzept höchst einseitig unter dem Blickwinkel der Ökonomie betrachtet wird, wobei wesentliche Fragen, die für den Bürger von Bedeutung sind, ausgeklammert werden. Ein Hauptaugenmerk widmet Erwin Weissel daher dem Staat, denn eine Marktwirtschaft kann ohne diesen nicht funktionieren. Er untersucht, welche Leistungen der Staat überhaupt erbringen soll und kann und wie dieser die innere und äußere Sicherheit

als unabdingbare Rahmenbedingung der Märkte gewährleisten kann. Auch befasst er sich damit, wie weit in einer Demokratie das Interesse der Bürger gewahrt werden kann und wird, wobei insbesondere Probleme von Irrtum, Informationsmangel und Täuschung erörtert werden. Im Mittelpunkt seiner Analyse stehen neben den allgemeinen Konsequenzen, die Ökonomen produzieren, wenn sie nur Teilbereiche der Wirtschaft und nicht auch die Querverbindungen untersuchen, der Arbeitsmarkt, besonders störanfällige Märkte und die Widersprüchlichkeit des Konkurrenzsystems.

Die Sprachbegabung Erwin Weissels verbunden mit einem fundierten ökonomischen Wissen ermöglichte es ihm, ökonomische Klassiker – nicht im historischen Sinne gemeint – ins Deutsche zu übertragen wie etwa Untersuchungen der bekannten englischen Nationalökonomin Joan Robinson (»Die Akkumulation des Kapitals«, Wien 1958; »Die fatale politische Ökonomie«, Köln 1966 und »Ökonomische Theorie als Ideologie«, Frankfurt/Main 1974) und die Analyse von Maurice Dobb »Der Lohn«, Wien 1970. Es ist nicht verwunderlich, dass Erwin Weissel diese beiden hervorragenden Wirtschaftswissenschaftler übersetzt hat, sind doch beide wie er eher Skeptiker. Ihre Untersuchungen beruhen auf genauer Kenntnis der wirtschaftlichen und geschichtlichen Tatsachen, und beide lassen sich nichts vormachen und haben mit ihren Analysen die Sozialwissenschaften befruchtet. Von seinen Übersetzungsarbeiten haben wohl nicht wenige der jüngeren Wirtschaftswissenschaftler in Österreich profitiert.

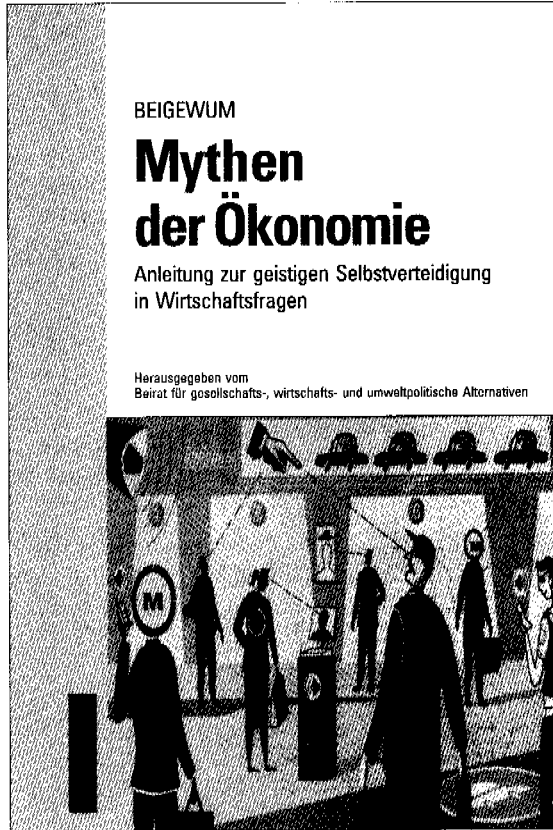
Sein ganzes Leben war dem Kampf gegen die »Mainstream-Economics« gewidmet, unabhängig davon, in welchen Gehirnen sie sich festgesetzt hat. Er war einer der wenigen politischen Ökonomen in Österreich, die sich radikal und ungeschminkt zu Wort gemeldet haben.

Neu bei VSA:

BEIGEWUM

Mythen der Ökonomie

Anleitung zur
geistigen Selbst-
verteidigung in
Wirtschaftsfragen
Hrsg. vom Beirat
für gesellschafts-,
wirtschafts- und
umweltpolitische
Alternativen
168 Seiten;
€ 13.80
ISBN
3-89965-119-7



In diesem Buch findet sich eine Sammlung der wichtigsten ökonomischen Mythen. Sie werden kurz vorgestellt und einer Gegenargumentation unterzogen. Die AutorInnen liefern ein kompaktes Nachschlagewerk und Argumentationshilfen für ökonomiekritische Debatten.

»Wie in den meisten anderen sozialen Fragen kommt es auch in der Ökonomie darauf an, von welchem Standpunkt aus eine Sache betrachtet wird. Ökonomische Argumente können zur Panikmache, Rechtfertigung von Diskriminierung und zur Verbreitung von Ohnmachtsgefühlen eingesetzt werden, wie es alltäglich geschieht. Oder dazu, die Gesellschaft besser zu verstehen, sich kritisch mit ihr auseinander zu setzen und sie zu verändern. Wir hoffen zu jenem Rüstzeug beizutragen, das einer Demokratie angemessen ist: eine breite wirtschaftliche Bildung der Bevölkerung und ihre Teilnahme an wirtschaftspolitischen Debatten und Entscheidungen.«
(Aus dem Vorwort)

www.vsa-verlag.de